

Fragen

für die Fragestunde der 151. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Januar 2016

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	34, 35	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 40
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 27	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	20, 21
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	8, 11	Dr. von Notz, Konstantin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	2, 3	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	5, 6	Renner, Martina (DIE LINKE.)	16, 17
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	22, 23	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 28
Höger, Inge (DIE LINKE.)	29	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	30, 38
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	1, 39		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	12, 13		
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ..	14
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie...	15

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die mutmaßliche Unterstützung der niederländischen Initiatoren des Referendums über das Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit der Ukraine durch Russland, die nach Pressemeldungen von US-Geheimdiensten vermutet wird (www.zeit.de/politik/ausland/2016-01/russland-einfluss-referendum-niederlande-ukraine-europa-annaeherung), und welche politischen Konsequenzen würden sich nach Ansicht der Bundesregierung in dem Fall ergeben, dass eine Mehrheit der Niederländerinnen und Niederländer am 6. April 2016 gegen das Assoziierungsabkommen stimmt?

2. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der in einem Appell von 120 humanitären Organisationen vorwiegend aus dem UNO-Umfeld für ein Ende der syrischen Tragödie und zur Rettung der syrischen Zivilbevölkerung (<https://medium.com/@UNICEF/an-appeal-to-end-the-suffering-in-syria-44d803e494b#.yd5eju59f>) aufgestellten Forderungen, der sich an all jene richtet, die die syrische Tragödie beenden könnten, sowohl mit den maßgeblichen Verantwortlichen der Opposition als auch mit der Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad über Waffenstillstände und die Gewährung bzw. Leistung humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in den belagerten Städten Syriens zu verhandeln?

3. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)

Welche Ziele strebt die Bundesregierung bei den in der Woche vom 25. bis 29. Januar 2016 beginnenden weiteren Verhandlungen zur Beendigung des syrischen Konfliktes an, und mit welcher Konzeption agiert die Bundesregierung bei diesen Verhandlungen?

4. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Angaben macht die Bundesregierung zur Unabhängigkeit der Parlamentsabgeordneten und Regierungsmitglieder beider Seiten in Libyen von ausländischen Einflüssen, die das vom UN-Sonderbeauftragten Martin Kobler ausgehandelte Waffenstillstands- und Friedensabkommen unterzeichnet haben und mittragen, und welche Er-

kenntnisse hat die Bundesregierung über Vorwürfe gegen diese Personen und zur Akzeptanz der Vereinbarung zur Bildung einer Einheitsregierung in der Bevölkerung Libyens?

5. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die für Lateinamerika höchste Anzahl von 54 ermordeten Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern in Kolumbien im Jahr 2015 laut Bericht von Front Line Defenders, angesichts der Tatsache, dass die meisten Morde im Zusammenhang mit der Verteidigung der Landrechte der indigenen Völker und der Afrokolumbianer stehen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus in der politischen Zusammenarbeit mit der kolumbianischen Regierung (www.contagioradio.com/54-defensores-de-derechos-humanos-fueron-asesinados-en-colombia-durante-2015-articulo-19057/)?
6. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der anhaltenden Repression der türkischen Regierung gegen Andersdenkende, so zum Beispiel gegen 1 128 Wissenschaftler, die einen Friedensappell gegen die militärische Gewalt in den Kurdengebieten unterzeichnet haben und nun mit Festnahmen und Disziplinarverfahren konfrontiert sind (www.spiegel.de/politik/ausland/polizei-nimmt-intellektuelle-wegen-terrorpropaganda-fest-a-1072195.html), und in welcher Weise setzt sich die Bundesregierung für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses zwischen türkischer Regierung und kurdischer Arbeiterpartei (PKK) ein?
7. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit kann die Bundesregierung ausschließen, dass bei der Zerstörung arabischer Dörfer durch die kurdischen Peschmerga, wie jüngst von Amnesty International berichtet wurde (www.amnesty.org/en/latest/news/2016/01/video-banished-and-dispossessed-in-northern-iraq/), keine deutschen Waffen eingesetzt wurden?

8. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit bedeutet die Antwort der Bundesregierung zu Frage 16 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 18/7265), wonach „innerhalb der Operation Inherent Resolve durch die Gruppe von Staaten, die an Luftoperationen teilnehmen (u. a. auch die Türkei) ein gemeinsamer Informationsraum betrieben“ wird, so dass alles „[w]as Aufklärungswert hat (...) an alle Partner weitergegeben“ wird, d. h. alles „was von Nutzen ist, wird in die Datenbank der Anti-IS-Koalition eingespeist (...) [und es] gibt keinen Grund dafür, dass die Türkei bestimmte Bilder nicht sehen darf“ (www.sz-online.de/nachrichten/tornados-fliegen-ueber-syrien-3292761.html), dass die Bundesregierung nicht definitiv ausschließen kann, dass Staaten wie die Türkei und Saudi-Arabien die Erkenntnisse aus dieser Datenbank gegen ihnen nicht genehme Gruppen, wie die der kurdischen Volksschutzeinheiten (YPG) und die kurdische Arbeiterpartei (PKK), nutzen (www.sz-online.de/nachrichten/tornados-fliegen-ueber-syrien-3292761.html), und kann die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis ausschließen, dass Erkenntnisse aus dieser Datenbank an von ihnen unterstützte Terrormilizen, wie der Ahrar al-Sham, in Syrien zur Bekämpfung syrischer Regierungstruppen und kurdischer Volksschutzeinheiten weitergegeben werden?
9. Abgeordneter
Volker Beck
(**Köln**)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden nach Kenntnis bzw. Einschätzung der Bundesregierung Frauen in Algerien, Marokko und Tunesien hinreichend vor sexueller Gewalt geschützt, und inwiefern hält die Bundesregierung den Vorschlag, diese Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu bestimmen, für geeignet, schutzsuchende Frauen aus diesen Staaten effektiv vor geschlechtsspezifischer Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure in diesen Staaten zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält es die Bundesregierung für migrations- und sicherheitspolitisch angezeigt und rechtssystematisch kohärent, aus einer positiven Sozialprognose, die Voraussetzung für die Aussetzung einer Strafe zur Bewährung ist (vgl. § 56 des Strafgesetzbuches) darauf zu schließen, dass der weitere Aufenthalt eines Ausländers eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt (vgl. Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung, Bundestagsdrucksache 18/4097, S. 49, „negative Prognose“), sodass infolgedessen eine Bewährungsstrafe unter Umständen ein Ausweisungsinteresse begründet?
11. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie viele Untätigkeitsklagen sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anhängig (bitte soweit möglich nach Ziel der Klage und den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren), und inwieweit zieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der zunehmenden Belastungen nun auch noch infolge von Untätigkeitsklagen dahingehend Konsequenzen, wirksame Maßnahmen zur Entlastung der Behörde, wie z. B. eine Altfallregelung für lang andauernde Verfahren, eine Rückkehr zu überwiegend schriftlichen Prüfungen bei Ländern mit hohen Anerkennungsquoten etc., zu beschließen?
12. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele unerlaubte Einreisen sind im Jahr 2015 von der Bundespolizei festgestellt worden, und wie viele unerlaubte Einreisen wurden von der Bundespolizei beanzeigt?
13. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang hat die Bundespolizei im Jahr 2015 von Migrantinnen und Migranten im Zusammenhang mit der unerlaubten Einreise Sicherheitsleistungen nach § 66 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes eingezogen (bitte Gesamtbeitrag nennen und die Zahl der Personen, denen Geld oder Wertgegenstände abgenommen wurden und nach den wichtigsten Herkunftsländern und den Landesgrenzen, an denen die Sicherheitsleistungen eingezogen wurden, differenzieren),

und in welchem Umfang erfolgt eine Rückerstattung dieser Beträge in den Fällen, in denen den Betroffenen nach Stellung eines Asylantrages ein Schutzstatus durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuerkannt wird (bitte ausführen)?

14. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie positioniert sich die Bundesregierung bezüglich Überlegungen der dänischen Regierung, auch deutsche Transportunternehmen bei Personalkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze in die Pflicht zu nehmen, Ausweise sowie Visapapiere von Reisenden auf dem Weg nach Dänemark kontrollieren zu lassen, auch vor dem Hintergrund, dass diese Überlegungen nach der konkreten Bitte des dänischen Verkehrsministers um eine deutsche Kooperation in einem entsprechenden Schreiben vom 18. Dezember 2015, einer der dänischen Botschaft gegenüber erfolgten Beurteilung des Vorhabens durch die deutsche Bundesregierung sowie einer entsprechenden medialen Kommentierung des Vorhabens durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, (vgl. DER SPIEGEL 02/2016, S. 62) keinesfalls als hypothetisch anzusehen sind (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 11, Plenarprotokoll 18/148, und was wird die Bundesregierung konkret auf das oben genannte Schreiben des dänischen Verkehrsministers und den darin geäußerten Wunsch antworten?

15. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aufgrund welcher neuen Erkenntnisse gelangt die Bundesregierung zu der Einschätzung, dass Algerien und Marokko jetzt als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden können (Reuters-Meldung vom 19. Januar 2015: „Steinmeier offen für Marokkos Einstufung als sichere Staaten“), und hält die Bundesregierung die Warnungen unter anderem von Pro Asyl vor einer solchen Einstufung (www.proasyl.de/de/news/detail/news/wir_machen_uns_die_welt_wie_sie_uns_gefaellt_die_ganze_welt_ein_sicherer_herkunftsstaat/) für unbegründet?

16. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Warum wurde laut Presseberichten (<http://hessenschau.de/politik/massenmoerder-breivik-vor-tat-bei-wetzlar-kontrolliert-breivik-102.html>) nach einem Waffenfund im Auto von Anders Breivik im Rahmen einer Kontrolle nahe Wetzlar im Jahr 2011 weder Anders Breivik in

Gewahrsam genommen noch der Kontakt zu norwegischen Behörden in dieser Angelegenheit gesucht?

17. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Behörden wurden von welchen Stellen in dieser Angelegenheit unterrichtet (bitte chronologisch auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen zu dem Environmental and Social Frameworks (ESF) bei der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB), die am Wochenende 16./17. Januar 2016 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen hat, und inwiefern entspricht der vorliegende Entwurf der ESF den von allen Fraktionen im November 2015 geforderten Mindestanforderungen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/6568, S. 5)?
19. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann werden nach Kenntnis der Bundesregierung die übrigen designierten Mitglieder, darunter u. a. Frankreich, der AIIB, die bislang den Beitritt noch nicht ratifiziert haben, dies vollzogen haben, und in welche Projekte wird die Bank als erstes investieren und damit auch deutsches Steuergeld einsetzen?
20. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Ergebnis hat es Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohngesetzes im Jahr 2015 im Bereich des Sports schon gegeben (bitte die Anzahl nach Sportvereinen/-verbänden angeben), und inwieweit sind Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen in diesen Prozess eingebunden gewesen?

21. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Falls es bisher keine Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohngesetzes im Bereich des Sports gegeben hat, warum nicht und sind diese zukünftig beabsichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

22. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat nach Kenntnis der Bundesregierung mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen seit Anfang des Jahres 2015 die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes auf den Spitzen- und Vereinssport, und inwieweit gibt es aus Sicht der Bundesregierung diesbezüglich noch Handlungsbedarf, zum Beispiel durch Änderungen von rechtlichen Regelungen oder weiteren Veränderungen im vom Bund geförderten Spitzensport?
23. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung sozialversicherungspflichtig im Sport beschäftigt, und was hat sich diesbezüglich im Bereich des vom Bund geförderten Spitzensports sowie im Vereinssport im Jahr 2015 geändert?
24. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang wurden im Haushaltsjahr 2015 Mehrausgaben bei den Verwaltungskosten der Jobcenter (Kapitel 1101, Titel 6 36 03, Einzelplan 11) über den Etat „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ (Titel 685 11, Einzelplan 11) gedeckt (bitte in absoluten Zahlen und als Anteil am Haushaltsansatz des Titels für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit darstellen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

25. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass in den Mandaten für die EU-Handelsverhandlungen mit Neuseeland und Australien, die laut Europäischer Kommission im Jahr 2016 beschlossen werden sollen, eine Absage an eine weitere Liberalisierung des Handels mit Milch(-produkten) und Fleisch(-produkten) verankert wird, angesichts der derzeitigen Verwerfungen auf dem europäischen Markt, und wenn nein, warum nicht?
26. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche geltenden EU- oder nationalen Vorschriften stehen nach Kenntnis der Bundesregierung dem Ausschank von Heißgetränken (Coffee to go u. a.) in von den Käuferinnen und Käufern mitgebrachten Mehrwegbechern entgegen, und welche Begründungen gibt es für derartige Regelungen, die nicht im Sinne einer Abfallvermeidung von Einwegbechern sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

27. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung nach dem Zustandekommen einer Einheitsregierung in Libyen die Voraussetzungen erfüllt, um die von der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, geäußerten Pläne für einen Einsatz der Bundeswehr in Libyen voranzutreiben (Bild vom 17. Januar 2016, 5. A5), und für welche der konkurrierenden libyschen Streitkräfte würde die Bundeswehr Aufbauhilfe leisten?
28. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Aufklärungsergebnisse, die die sechs Tornado-Jets der deutschen Bundeswehr täglich über Syrien und dem Irak erlangen und den Streitkräften befreundeter Staaten für Bombardierungen zur Verfügung stellen, nicht auch vom NATO-Partner Türkei und Russland für Bombardierungen in Sy-

rien genutzt werden, und teilt die Bundesregierung die von der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, am 21. Januar 2016 auf dem Luftwaffenstützpunkt in Incirlik geäußerte Auffassung, dass mit der deutschen Beteiligung am Militäreinsatz in Syrien ein Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen des „Flüchtlingsstroms“ nach Europa geleistet wird, obgleich Flüchtlinge aus Syrien auch die Bombardierungen, durch die immer wieder auch Unbeteiligte getroffen und deren Häuser zerstört werden, als Ursache ihrer Flucht nennen?

29. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Über welche Stellen und Absprachen wird der AWACS-Einsatz über Syrien und der Türkei mit dem russischen Militäreinsatz abgestimmt bzw. koordiniert, z. B. um Kollisionen oder andere etwaige Gefährdungen von Soldatinnen und Soldaten auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

30. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die in einem Offenen Brief vom Oktober 2015 von 212 Rotenburger Ärztinnen und Ärzten an die niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Cornelia Rundt, (www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/bothel144.pdf) erhobene Forderung, die Ursachenforschung bzgl. der in den letzten Jahren im Landkreis Rotenburg (Wümme) erfolgten Zunahme von Krebserkrankungen durch die rasche Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für die unbedingt notwendigen wissenschaftlichen Untersuchungen sicherzustellen, durchzusetzen (www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Krebsfaelle-in-Bothel-Hilferuf-von-200-Aerzten,bothel142.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

31. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt es die Bundesregierung, dass das Bundesland Bayern nach eigenem Bekunden 21 Bahnstationen für die Aufnahme in das Bundesprogramm für die barrierefreie Modernisierung von kleinen Bahnhöfen angemeldet hat (www.verkehrsbrief.de/?p=2277), die Bundesregierung aber die Anzahl der aus Bayern eingegangenen Förderanträge auf 24 beziffert (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/7176), und wie erklärt es die Bundesregierung, dass sie auf Nachfrage (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/7176) antwortet, aus Baden-Württemberg seien 33 Förderanträge eingegangen, obwohl dem Fragesteller die Anmelde­liste mit einer erheblich größeren Anzahl von gemeldeten Stationen vorliegt?
32. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wenn die Bundesregierung durch die Einführung einer Maut für Fernbusse keine Änderung des Kundenverhaltens und keinen Schaden für die Busbranche erwartet, weshalb ist aus Sicht der Bundesregierung die „frühe Entwicklungsphase“ des Marktes dann ein hinreichender Grund, die Einführung einer Maut für Fernbusse abzulehnen, obwohl die Bundesregierung die Maut für LKW ab 7,5 t und PKW befürwortet (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Norbert Barthle auf meine Mündliche Frage 23, Plenarprotokoll 18/148), und bis wann befindet sich der Fernbusmarkt dem Verständnis der Bundesregierung nach noch in einer „frühen Entwicklungsphase“?
33. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet bzw. rechtfertigt die Bundesregierung die Veröffentlichung der Mitglieder der Untersuchungskommission zum Abgasskandal in der „WELT am SONNTAG“ (siehe www.welt.de/regionales/niedersachsen/article151084629/Dobrindt-legt-Besetzung-seiner-VW-Kommission-offen.html) angesichts der monatelangen Verweigerung der Aussage über die Zusammensetzung der Untersuchungskommission (siehe u. a. Bundestagsdrucksachen 18/7147 Antwort zu Frage 3, 18/6412 Antwort zu Frage 7, 18/6731 Antwort zu Frage 5), und inwiefern sieht

sie darin eine Verletzung der Auskunftspflicht gegenüber dem Deutschen Bundestag (bitte begründen)?

34. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung, dass „§ 3 Absatz 2 der Bodenabfertigungsdienst-Verordnung – BADV bestimmt, dass die Anzahl von 2 nicht unterschritten werden darf. Die Anlage 5 kann damit nur Mindestzahlen enthalten“ (Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 23 bis 26 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7260) in Bezug auf den Flughafen Düsseldorf?
35. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung, dass „eine Begrenzung und Verweigerung der Erhöhung durch einen nationalen Gesetz- bzw. Verordnungsgeber [...] rechtsmissbräuchlich und letztlich EU-rechtswidrig [wäre]“ (ebd.), angesichts der Tatsache, dass die Richtlinie 96/67/EG des Rates über den Zugang zum Markt der Bodenabfertigungsdienste auf den Flughäfen unter Artikel 6 Absatz 4 lediglich vorgibt, dass bei einer nationalen Begrenzung der Drittanbieter „keinem Flughafennutzer [...] die Möglichkeit genommen werden darf [...], effektiv zwischen mindestens zwei Bodenabfertigungsdienstleistern [...] wählen zu können“, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass damit nur eine Begrenzung der Drittanbieter auf einen Bodenabfertigungsdienstleister rechtsmissbräuchlich und EU-rechtswidrig wäre (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

36. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche spezifischen Unterlagen zu meldepflichtigen Ereignissen, periodischen Sicherheitsüberprüfungen von Atomkraftwerken (AKW), Gutachten, gutachterlichen Stellungnahmen oder Ähnlichem zu grenznahen AKW sind in den elektronischen Archiven der Deutsch-Französischen Kommission (DFK) bzw. der Deutsch-Schweizerischen Kommission (DSK) vorhanden (gemeint sind eigenständige Dokumente und

nicht die Sitzungsprotokolle, vgl. hierzu Bundestagsdrucksache 17/9905)?

37. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Ersuchen bzw. Aufforderungen hat die Bundesregierung in dieser Wahlperiode bislang an die Schweizer Atomaufsicht hinsichtlich auf eine mangelhafte Sicherheitskultur schließen lassender Vorfälle im grenznahen Schweizer Atomkraftwerk Leibstadt (vgl. Pressemitteilung 5/2016 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit „Schwarzelühr-Sutter besorgt über Sicherheitskultur im Atomkraftwerk Leibstadt“ vom 14. Januar 2016), gerichtet (bitte konkrete, ausführliche Darlegung im Wortlaut), und welche konkreten Konsequenzen für ihre weitere bilaterale Zusammenarbeit mit der Schweizer Atomaufsicht zieht sie aus der in dieser Pressemitteilung zum Ausdruck gebrachten Besorgnis (bitte mit Angabe von konkreten Handlungsoptionen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

38. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die offenbar weiterhin stattfindenden Vorbereitungen im Forschungszentrum Jülich eines Exports der 152 Castor-Behälter mit hochradioaktiven Brennelementen aus Jülich in die USA entsprechend der jetzt vorliegenden Umweltverträglichkeitsprüfung (http://energy.gov/sites/prod/files/2016/01/f28/Draft%20DOE%20EA%201977_FOR%20PUBLIC.pdf) sowie der offenkundigen Einbeziehung auch der bestrahlten Brennelemente des THTR Hamm Uentrop vor dem Hintergrund einer intensiven Diskussion und einem konsensualen Beschluss der Endlager-Kommission vom 2. Oktober 2015 für ein Exportverbot hochradioaktiver Brennelemente, insbesondere auch der Jülicher Brennelemente, an dessen Erarbeitung auch das Bundesumweltministerium maßgeblich beteiligt war, und in welcher Weise will die Bundesregierung der von der Endlager-Kommission beschlossenen Export-Verbots-Empfehlung nachkommen

(www.bundestag.de/blob/390810/6ea047d665800493f63f4f1b6a3e6f78/drs_131-neu-data.pdf)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

39. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern trifft es – wie vom Portal der Tageschau am 19. Januar 2016 berichtet – zu oder nicht zu, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) zwar technisch nicht in der Lage ist, von Stillen SMS Gebrauch zu machen, aber in Form von Amtshilfe diesbezüglich Unterstützung bekomme (bitte hierzu ausführende Behörde und/oder Firma benennen), und welche Details kann die Bundesregierung zu einem ebenfalls berichteten Mailwechsel zwischen dem BND und dem Bundeskanzleramt mitteilen, in dem die Bundesregierung gebeten wurde mir gegenüber sämtliche Einsätze Stiller SMS durch den Auslandsgeheimdienst sowie die Amtshilfe durch andere Behörden zu verschweigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

40. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des belgischen Staatsrates (siehe www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2F%2FEP%2F%2FTEXT%2BWQ%2BP-2016-000009%2B0%2BDOC%2BXML%2BV0%2F%2FDE&language=DE), wonach die von der belgischen Regierung in der Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke Doel 1 und Doel 2 gegenüber dem Betreiber Electrabel S. A. gewährten Garantien unzulässige Beihilfen sind (bitte begründen), und was wird die Bundesregierung unternehmen, damit diese unzulässigen Beihilfen geahndet werden?

41. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass die Ziele der derzeitigen Bundesregierung für die Erneuerbare-Energie-Anteile im Stromsektor für das Jahr 2020 im Jahr 2016, also fünf Jahre nach Fukushima, unter denjenigen liegen, die die damalige Bundesregierung nach der Atomkatastrophe im März 2011 beschlossen hat, und falls dies nicht zutrifft, wie kommt die Bundesregierung zu dieser Auffassung?
42. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung die Verordnungsermächtigung aus § 94 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – EEG 2014 zur Einführung von „Effizienzanforderungen, insbesondere Stromeffizienzreferenzwerte“ für die Berechnung der Stromkostenintensität in der Besonderen Ausgleichsregelung (§ 63 ff. EEG 2014) nicht nutzen wird, und wenn nein, warum nicht?